

Impulsstatement E-Government-Forum

Von Jutta Lautenschlager, Geschäftsführung MICUS Management Consulting GmbH

Ist ein eGovernment-Forum noch zeitgemäß? Oder muss man in Anbetracht der technischen Möglichkeiten in allen Lebensbereichen nicht mindestens von government 2.0 sprechen? Egal wie man es nennt, die ‚elektronische Verwaltung‘ ist noch nicht bei den Nutzern angekommen oder bietet ihre Leistungen nicht so an, wie ein Netzbewohner sie präsentiert haben möchte.

Gibt es Hoffnung? Klar, denn teilweise geht es ja schon, wie die smart cities beweisen, und die Beispiele ubiquitären Governments aus Korea, Barcelona oder Paris zeigen, dass der Anklang bei der Bevölkerung und den Mitarbeitern der Verwaltung enorm ist. Wie sieht es in der Bundesrepublik Deutschland aus? Hat die EU-Dienstleistungsrichtlinie den notwendigen Schub gebracht oder bleibt auf der Suche nach der allerbesten Lösung die beste unentdeckt?

Festzuhalten gilt: es hat sich viel getan im eGovernment und es ist auch schon einiges elektronisch und online möglich. Zu Hilfe kamen da zum einen Standardisierungen, wie die XÖV-Vorgaben, aber auch die immer stärkere Internetnutzung und die mobilen Dienste. Letztlich haben auch die sozialen Netzwerke im Web 2.0 gezeigt, für was sich der heutige Nutzer begeistern kann.

Diese Erkenntnisse und Erfahrungen zu nutzen und mit Mut umzusetzen, ist Aufgabe der eGovernment-Beauftragten des Bundes und der Länder. Dem uGovernment-Ansatz folgend sollte zunächst geprüft werden, in welchen Lebenslagen Bürger und Unternehmen schnell und unkompliziert und vor allem unabhängig von Öffnungszeiten mit der öffentlichen Verwaltung oder mit öffentlichen Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäusern kommunizieren wollen. Im nächsten Schritt kann dann geprüft werden, wo und wie bereits Vergleichbares erfolgreich umgesetzt wurde. Da die technischen Voraussetzungen heute meist schon vorhanden sind, steht einer schnellen Realisierung in der Regel nichts im Wege. Zudem sollten die neuen ubiquitären Angebote der Verwaltung zielgruppenorientiert kommuniziert werden.

Das Programm der Xinnovations bleibt nicht beim uGovernment stehen, sondern spannt den Bogen über Collaboration bis hin zur ePartizipation. Ohne das Ergebnis des Forums vorweg zu nehmen, lassen die Überschriften der Vorträge doch vermuten, dass die Zukunft des Governments vor der Tür steht und weniger die Frage ‚Was sollen wir tun?‘ als vielmehr die Frage ‚Wie sollen wir es tun?‘ relevant ist.

Dazu ein Blick hin zur Europäischen Kommission: Im ‚E-Government-Aktionsplan im Rahmen der i2010-Initiative: Beschleunigte Einführung elektronischer Behördendienste in Europa zum Nutzen aller‘ werden seitens der EU-Kommission fünf Hauptziele für das Jahr 2010 genannt:

1. Kein Bürger bleibt zurück = digitale Integration durch elektronische Behördendienste
2. Echte Effizienz und Effektivität = Transparenz und geringerer Verwaltungsaufwand
3. Einführung sichtbarer Schlüsseldienste, z.B. elektronische Vergabe
4. Schaffung der Voraussetzungen = sicherer, interoperabler und authentifizierter Zugang zu öffentlichen Diensten
5. Stärkung der Bürgerbeteiligung und der demokratischen Entscheidungsprozesse

Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, der Kommission den aktuellen Umsetzungsstand zu berichten. Bei der Beschleunigung der Verwaltungsprozesse und der Bereitstellung sicherer Zugangswege ist die Bundesrepublik Deutschland gut vorangekommen. Weniger erfolgreich sind bisher die Bestrebungen zur Beteiligung von Bürger und Wirtschaft sowie bei der Partizipation (Punkte 1 und 5).

Insgesamt wurde festgestellt, dass praktikable Lösungen, die nachweislich funktionieren und genutzt werden erforderlich sind, um die Themen voranzutreiben. Dabei darf eGovernment nicht länger als reines Genehmigungs-Government verstanden werden, sondern muss ganzheitlicher gefasst und insbesondere die Interaktion zwischen Bürger / Wirtschaft und Verwaltung stärker in den Fokus stellen. Genau darauf zielt das eGovernment-Forum ab.

Insbesondere die Podiumsdiskussionen werden zeigen, wie mutig die Vertreter aus Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft sind und welchen Herausforderungen sie sich kurzfristig stellen werden. Dabei stehen die folgenden Fragen zwar nicht im Fokus der Diskussion, sind aber für die drei Themenschwerpunkte ‚ubiquitäres Government‘, ‚eCollaboration‘ und ‚eParticipation‘ von großer Wichtigkeit:

- Was wäre heute schon möglich, wenn die Anforderungen der Datenschützer dem genügen würden, was für Internettransaktionen zwischen Wirtschaftssubjekten als ausreichend angesehen wird?
- Besteht ein Standardisierungsdefizit und wenn ja in welchen Bereichen?
- Mit welcher Hardware wird der Bürger und Unternehmer der Zukunft sein Leben organisieren (PC, Telefon, PDA, ...)?
- Welche EU-Vorgaben werden in den nächsten Jahren das Government in Deutschland verändern?
- Was kann man aus dem Aktionismus rund um die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie lernen? Ist die Androhung von Geldstrafen der richtige Weg, um Veränderungen voranzutreiben?
- Warum gibt es in Deutschland noch immer ein föderales eGovernment?
- Welches Geschäftsmodell würde es auch kleinen und verschuldeten Kommunen ermöglichen, z.B. eParticipation-Ansätze zu realisieren?

Die Mischung aus visionären Impulsvorträgen, erfolgreichen Praxisbeispielen und individuellen Meinungen verspricht, Antworten auf diese und viele weitere Fragen zu bekommen.